

Philosophische Fakultät I. Sektion der  
LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN



KNY-20-

00716

Auszug aus der Dissertation:

DIE SCHULPOLITISCHEN MASSNAHMEN IN BAYERN  
UNTER DEM KURFÜRSTEN KARL THEODOR AUF DEM  
GEBIETE DES VOLKSSCHULWESENS (1777-1799)

von A n t o n K a m m e r g r u b e r aus

T a n n i. N d b.

Referent: Geheimrat Dr. M. Doeberl.

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Dezember 1922.

Zum Druck genehmigt: München, 31. März, 1923.

Die Regierung des Kurfürsten Karl Theodor hat in den letzten Jahrzehnten eine gerechtere Beurteilung erfahren. Besonders ihre rührige Betätigung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens und der Staatsverwaltung fand Anerkennung. In der Vermutung, dass als Mittel zum Zwecke auch die Volksbildung mehr, als man bisher annahm, gefördert wurde, hat sich die vorliegende Abhandlung die Aufgabe gestellt die Volksschulpolitik dieses Zeitraumes auf Grund vielfach neuen Quellenmaterials zu untersuchen.

Die Entwicklung des Volksschulwesens war auch in diesem Zeitraum aufs engste verknüpft mit dem Gang der allgemeinen Kulturbewegung. Sie zeigt daher die grossen Leitlinien der Schulpolitik des 18. Jhdts mit dem Ziele der fortschreitenden Verstaatlichung, Verweltlichung und Verbreiterung



397/124



KNY-20-00716

der niederen Schulen. Sie ist aber auch sichtlich beeinflusst von dem Kampfe zwischen Aufklärung und Reaktion, der die Regierung Karl Theodors kennzeichnet.

Zunächst bewegte sich die Schulpolitik in den von der Regierung des Vorgängers gewiesenen Bahnen. Dafür bürgte schon das Ansehen Heinrich Brauns, der Seele aller Schulreformen. Den Angelpunkt der Schulpolitik bildete die »Churfürstliche Schulverordnung für die bürgerliche Erziehung der Stadt und Landschulen in Baiern« vom 8. Aug. 1778. In ihr ist, besonders in den technischen Anordnungen, der österreichische Einfluss (Felbiger!) unverkennbar. Im Lehrziel treten die Bestrebungen des Eudämonismus und Utilitarismus auf der Grundlage des praktischen Christentumes scharf hervor.

Die einschneidendste Massnahme war die in § 19 ausgesprochene Loslösung der Schule von der Kirche—ein Markstein in der bayerischen Schulgeschichte. Diese Tatsache bedingte neben dem Kampf gegen die »Winkel«schulen wichtige Schritte zur Durchführung der allgemeinen Schulpflicht. Zum erstenmale wurden damals amtliche Erhebungen über den Schulbesuch gepflogen. Das Schulzeugnis ward zu einer für das bürgerliche Leben unentbehrlichen Urkunde erhoben. Zur rascheren Verbreitung der »gleichförmigen Lehrart« wurden in den Regierungsstädten Musterschulen errichtet. Nicht minder neu und bedeutend war das Bestreben der Regierung mit den natürlichen Erziehungsberechtigten (Familie, Gemeinde, Kirche) auf der gemeinsamen Grundlage der Religion ein gutes Einvernehmen und Zusammenarbeiten zu erzielen.

Grosse Aufmerksamkeit wurde den Lehrern, besonders ihrer Vorbildung gewidmet. Die geplante Errichtung eines Seminares scheiterte leider am Geldmangel. Aber »Examen und Approbation« sind damals unerlässliche Vorbedingungen geworden für die Übernahme eines Schuldienstes. So kam es, dass die Zahl der geprüften Lehrer bedeutend wuchs.

Auch die Bemühungen der Regierung um die gesellschaftliche Hebung und bessere Entlohnung der Lehrer waren teilweise wenigstens von Erfolg begleitet. Die mit allen Mitteln geförderte Verbindung von Schule und Mesnerdienst sicherte die Existenz vieler Lehrer, die damals empfohlene und angebahnte Übernahme von Schreiberposten (vgl. die spätere Gemeindeschreiberei!) hob ihr Ansehen. Hier wie dort sollte nach dem ausdrücklichen Willen der Regierung die Schule das „Primaere“ sein. Überlebte Bräuche, die das Standesbewusstsein schädigten, wurden abgeschafft, das Leben und Treiben der Lehrer wurde schärfer überwacht.

Die Zunahme der Schulstiftungen während dieses Zeitraumes beweist das steigende Interesse breiter Kreise an der Verbesserung der allgemeinen Volksbildung. Gerade in diesem Punkte ist die Regierung mit gutem Beispiele vorangegangen, wie die Gründung des allgemeinen Schulfonds und des Zentralschulbücherverlages in München beweisen, zwei Unternehmen, die der Regierung Karl Theodors für alle Zeiten einen Ehrenplatz in der bayerischen Volksschulgeschichte sichern.

Dauerndes wurde auch in der Schulaufsicht geschaffen. Die oberste Schulleitung allerdings hat kaleidoskopartig gewechselt. Die Einrichtung der zumeist geistlichen Lokal- und Distriktsschulinspektionen sowie der Lokalkommissionen dagegen hat sich in den Grundlinien über ein Jahrhundert lang bewährt.

Illuminatenverfolgung der französischen Revolution vermochten die Entwicklung des bayer. Volksschulwesens wohl zu hemmen, aber nicht zu unterbinden. An fortschrittlichen Massnahmen und Teilerfolgen hat es auch im Jahrzehnt der Revolution und des Krieges nicht gefehlt.

Im grossen und ganzen waren die Massnahmen der Regierung des Kurfürsten

Karl Theodor auf dem Gebiete des Volksschulwesens zweckmässig und den Anordnungen des Vorgängers entschieden überlegen. Um ihnen einen vollen Erfolg zu sichern, fehlte freilich eine überragende Persönlichkeit mit klarem Ziel, eisernen Willen und starkem Arm. Immerhin aber verdient selbst das verhältnismässig geringe Ergebnis der Schulpolitik jenes Zeitraumes eine gerechtere Einschätzung als bisher. Gerade damals wurde der Weg gebahnt für die Schulreformen der nachfolgenden Ära Montgelas. Die Bevölkerung war aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt worden, das Bedürfnis nach besserer Schulbildung brach sich langsam Bahn, es vollzog sich allmählich die Bildung eines brauchbaren Volksschullehrerstandes, das Lehrprogramm wurde in modernem Sinne erweitert, schon wagte man es die reichen Quellen der Kirche und ihrer Einrichtungen der Schulreform nutzbar zu machen. Unterricht und Erziehung, nach einer zeitgenössischen Äusserung zu Beginn der Aufklärung noch eine "Fürstensache," waren unter Karl Theodor zu einem "öffentlichen Regierungsgeschäft" geworden.

---